

**Internet Governance:****Schaffung von Sicherheit, Stabilität und Entwicklungschancen für die digitalen Gesellschaften im 21. Jahrhundert**

Ein Großteil der gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen um die Regulierung des Datenschutzes im digitalen Zeitalter steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den geheimdienstlichen Aktivitäten der USA sowie deren Enthüllung durch Edward Snowden verknüpft.

Die unterschiedliche Bewertung zeigt deutlich, dass neben einer einheitlichen technischen Standardisierung ebenso ein wertebezogener Dialog unabdingbar ist, um eine möglichst konsensorientierte Sicht auf die Entwicklungsräume des Internets und damit der digitalen Wirtschaft weltweit zu erhalten. Multi-Stakeholder-Ansätze werden bei der Schaffung einer möglichst zukunftsfähigen und stabilen Internet Governance entscheidend sein. Es geht aber nicht nur um Datenpolitik, es geht vielmehr um die gesamte Digitalpolitik.

„Der Ausgang der Debatten über die Regulierung des Internets (Internet Governance) wird bestimmen, inwieweit das Internet ein Ort des freien, globalen Waren- und Meinungs austauschs bleibt.“<sup>1</sup>

Insbesondere hinsichtlich der technischen Fragestellungen hat sich die Regulierung des Netzes ähnlich anarchisch entwickelt wie das Netz selbst. Die technische Infrastruktur spiegelt sich eins zu eins in der Verwaltungsstruktur des Internet wider. Kurzum: „Das Ökosystem der Internet Governance hat sich im Schatten staatlicher Regulierung entwickelt.“<sup>2</sup> In Bezug auf technische Schnittstellen und deren Problembehandlung funktioniert dies hervorragend, da es sich um pragmatische Lösungen handelt. Auf Basis des sogenannten „Rough Consensus“, der mindestens einer Zwei-Drittel-Mehrheit entspricht, wurden mittlerweile etwa 8.000 Protokolle (Request for Comments) in offenen Arbeitsgruppen erarbeitet und diese bilden im Grunde das technische Gesetzbuch des Internet.

Diese Offenheit, einst Ergebnis der anarchischen Entwicklung des Netzes, wird nun allerdings – auf der Kehrseite dieses herrschaftslosen Zustandes – durch drei Faktoren unterwandert:

1. Vorhandene Marktstrukturen führen zu einer Dominanz proprietärer Ökosysteme, die quasi Netze im Netz schaffen und damit den offenen Marktzugang für Unternehmen sowie Verbraucher erschweren.
2. Staatliche Interventionen, sei es durch Geheimdienstaktivitäten oder Netzsperrern, zeigen ebenso die Grenzen einer offenen Diskussion über die Weiterentwicklung des Netzes auf.
3. Die Gefahr einer Fragmentierung des Netzes ist evident. Die Marktkonzentration birgt dieses Gefahrenpotenzial ebenso wie das Agieren von Staaten, die mit nationalen Regeln diese globale Infrastruktur zu steuern versuchen.

<sup>1</sup> Stiftung Neue Verantwortung: „Europäische Digitale Agenda“, <http://www.stiftung-nv.de/152696,1031,152696,-1,0,0,0,0,print,print,0,0,0.aspx>, Abrufdatum 22.04.2014.

<sup>2</sup> Kleinwächter, Wolfgang: „Wer regiert denn eigentlich im Netz“, in: FAZ.net, [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/net-mundial-in-s-o-paulo-wer-regiert-im-netz-12905194.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/net-mundial-in-s-o-paulo-wer-regiert-im-netz-12905194.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), Erscheinungsdatum: 22.04.2014, Abrufdatum: 22.04.2014 (2014).

Die begonnenen Multi-Stakeholder-Dialoge sind, wie schon angedeutet, ein entscheidender Faktor für den Erfolg einer nachhaltigen Internet Governance. Der große Vorteil dabei ist, dass alle Akteursgruppen beteiligt sind und damit auch die gegenseitige Kontrolle gewährleistet wird – was gleichzeitig wenig Raum für einseitige Einflussnahme lässt.

Mit der zunehmenden Notwendigkeit, dass Regierungen ernsthaft an den Konsultationen teilnehmen müssen, geht die Erkenntnis einher, dass die Infrastruktur Internet Staatsgrenzen nicht benötigt, da sie für die Systemstabilität schlicht irrelevant sind. Eine Berücksichtigung nationalstaatlicher Grenzen und Hoheitsgebiete widerspräche der Netzwerk-Architektur und würde die Stabilität des Internet gefährden.<sup>3</sup> Daraus folgt aber, dass sich ebenso Regierungshandeln verlagern muss – aus dem parlamentarischen Raum hin zu Multi-Stakeholder-Dialogen.

Allerdings zeigt die bisherige Entwicklung, dass auch diese Form des Dialogs einen deutlich klareren Handlungsrahmen erfordert – ein politisches Mandat, das von der Autorität einer supranationalen Organisation gestützt wird, ist notwendig. Ob dies allerdings unter dem Schirm der UNO zu realisieren ist, bleibt fraglich. Diese hat zwar mit dem Internet Governance Forum (IGF) bereits wichtige Impulse gesetzt, verfügt aber als internationale Organisation über Entscheidungsprozesse, die schlimmstenfalls zur Blockade des wünschenswerten Multi-Stakeholder-Dialogs führen können. Eine solche Obstruktion – insbesondere durch nicht demokratisch verfasste Staaten – wäre sehr kontraproduktiv und kann nicht im Interesse der Allgemeinheit sein.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass eine globale Kommunikations- und Dateninfrastruktur letztlich auch einen globalen Verantwortungsrahmen benötigt. Dieser Rahmen hat sechs Eckpfeiler:

1. Um die Offenheit sicherzustellen, muss es eine neue Form der Gewaltenteilung geben, die Regierungen, Unternehmen sowie die Zivilgesellschaft einbindet.
2. Es dürfen keine rechtsfreien Räume existieren, in denen die global-geregelte Internetkommunikation ausgehebelt werden kann.
3. Neben den technischen Protokollen braucht es auch „politische Protokolle“ – Normvereinbarungen, die grundlegende Freiheitswerte v.a. im Bereich der Datenpolitik festhalten.
4. Diese politischen Protokolle müssen die Basis für supranationale Regeln bilden, die somit für UN-Mitgliedsstaaten eine Bindungswirkung entfalten.
5. Gleiches gilt für beteiligte Organisationen. Diese müssen die politischen Protokolle als allgemeinen Ordnungsrahmen anerkennen und umsetzen.
6. Durch diesen Bindungseffekt kann auch ein verlässlicher Rechtsrahmen in den verschiedenen Rechtsräumen (bspw. der Europäischen Union) geschaffen werden. Dieser wiederum wäre die Voraussetzung dafür, etwa unternehmerisches Fehlverhalten zu sanktionieren.

---

<sup>3</sup> Vgl. Daige, Leslie: Nationalgrenzen im Internet provozieren? Ein abschreckender Gedanke...“, in: Der Digitale Wandel – Magazin für Internet und Gesellschaft, 1/2014, S. 15.

**Autor und Kontakt:**

Thomas Schauf,  
Leiter Europa und Internationales

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.  
Berliner Allee 57, 40212 Düsseldorf  
Tel: +49 211 600456-16, E-Mail: [schauf@bvdw.org](mailto:schauf@bvdw.org)  
[www.bvdw.org](http://www.bvdw.org)

**Über den BVDW**

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist die Interessenvertretung für Unternehmen im Bereich interaktives Marketing, digitale Inhalte und interaktive Wertschöpfung. Der BVDW ist interdisziplinär verankert und hat damit einen ganzheitlichen Blick auf die Themen der digitalen Wirtschaft. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, Effizienz und Nutzen digitaler Medien transparent zu machen und so den Einsatz in der Gesamtwirtschaft, Gesellschaft und Administration zu fördern. Im ständigen Dialog mit Politik, Öffentlichkeit und anderen Interessengruppen stehend, unterstützt der BVDW ergebnisorientiert, praxisnah und effektiv die dynamische Entwicklung der Branche. Die Summe aller Kompetenzen der Mitglieder, gepaart mit den definierten Werten und Emotionen des Verbandes, bilden die Basis für das Selbstverständnis des BVDW. **Wir sind das Netz.**